



Ausschuß für Migrationsangelegenheiten

33. Sitzung (nichtöffentlicher Teil)^{*)}

26. November 1998

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.05 Uhr bis 10.35 Uhr,

11.10 Uhr bis 12.20 Uhr

Vorsitz: Christiane Bainski (GRÜNE)

Stenographin: Dr. Hildegard Müller

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

TOP 1 siehe APr 12/1063

2 Aktuelle Viertelstunde

"Umwandlung des ausländerintegrativen Duisburger Clauberg-Gymnasiums in eine Gesamtschule"

1

Dem Bericht von LMR Dr. Acker (MSWWF) schließt sich eine Diskussion an.

^{*)} öffentlicher Teil s. APr 12/1063

3 Politische Partizipation durch Ausländerbeiräte in NRW/Ergebnisse der LAGA-Untersuchung 1997/98

Information 12/672

6

Franz Paszek (LAGA NRW) und Ulrich Bechmann (Forschungsgruppe "FOKUS") berichten.

4 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Haushaltsgesetz 1999) und Gesetz zur Sicherung des Haushalts (Haushaltssicherungsgesetz 1999)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 12/3300, 12/3400 (1. Ergänzungsvorlage),
Drucksache 12/3550 (2. Ergänzungsvorlage)

Vorlagen (Erläuterungsbände) 12/2223 und 12/2224

10

Ministerin Ilse Brusis und MDgt Jeromin (MASSKS) weisen im Rahmen der Einzelberatung der Haushaltsansätze zu Kapitel 15 060 auf Änderungen in der 2. Ergänzungsvorlage Drucksache 12/3550 hin, die sich auf die Arbeit des Migrationsausschusses auswirken.

Der Ausschuß stimmt über die diesem Protokoll als Anlage beigefügten Änderungsanträge wie folgt ab:

Anträge	Abstimmung	Ergebnis
Antrag Nr. 1 (CDU)	mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU	abgelehnt
Antrag Nr. 2 (CDU)	mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU	abgelehnt
Antrag Nr. 3 (SPD/GRÜNE)	mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU	angenommen

Anträge	Abstimmung	Ergebnis
Antrag Nr. 4 (SPD/GRÜNE)	mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU	angenommen

In der **Gesamtabstimmung** wird der **Einzelplan 15** - Zuständigkeit des Ausschusses: Kapitel 15 060 und 15 510 - unter Einbeziehung der zuvor angenommen Änderungsanträge mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **angenommen**.

5 Ausbildungsplätze für Zuwanderer und Zuwanderinnen in der Landesverwaltung (Ministerien und nachgeordnete Behörden)

in Verbindung mit

Auswirkungen des Ausbildungskonsenses auf den Personenkreis der Migrantinnen und Migranten

12

Regierungsangestellte Schausten (MWMTV) berichtet und beantwortet Fragen.

6 Verschiedenes

16

Die Kommissionsreise des Ausschusses nach Großbritannien ist vom Präsidenten als viertägige Flugreise genehmigt.

unterstützen. Die Wahl der Ausländerbeiräte am selben Tage wie die Kommunalwahlen durchzuführen, sei dazu ein erster Schritt. Ein gemeinsamer Wahltag führe auch dazu, daß sich die Migrantinnen und Migranten ernst genommen fühlten.

Franz Paszek antwortet, daß die Gremien der LAGA zum Wahltermin eine längere Diskussion geführt hätten. Vor einem Jahr habe man den Beschluß gefaßt, daß man eine Empfehlung für einen gemeinsamen Wahltermin mit der Kommunalwahl begrüßen würde. Man verspreche sich davon zum einen eine Mobilisierung der EU-Ausländer, die an diesem Tage zum ersten Male zur Kommunalwahl gingen und dann gleichzeitig ihr Recht zur Wahl des Ausländerbeirates wahrnehmen könnten. Mit dieser Koppelung erhoffe man, EU-Ausländer als Kandidaten für die Ausländerbeiräte zu gewinnen, wenn man ihnen das Zusammenspiel von Stadtrat und Ausländerbeirat anhand des gemeinsamen Wahltermins klarmachen könne. Neben der Wahlbeteiligung sei es also das zweite Ziel, "bunte" Ausländerbeiräte zu schaffen. Zum andern betrachte man es als Zeichen für diejenigen, die bei den Kommunalwahlen noch nicht wahlberechtigt seien, daß man ihre kommunalpolitische Beteiligung im Rahmen des Möglichen wünsche.

Zur Anmerkung, daß dieser Bericht nichts Neues enthalte: Durch den Bericht habe man erkannt, daß § 27 Gemeindeordnung sehr viele Gestaltungsmöglichkeiten vor Ort eröffne. Dort, wo die Ausländerbeiräte in die Arbeit des Rates einbezogen seien, klappe alles gut. Deswegen wolle die LAGA die Städte und Gemeinden ermuntern, wie es einigen Beiräten gelungen sei, durch Satzungen oder Verankerung in der Hauptsatzung Weitergehendes festzuschreiben, wie zum Beispiel, daß die Ausländerbeiräte Mitglieder in die Ausschüsse als sachkundige Einwohner schicken oder die Vorsitzenden regelmäßig an den Ratssitzungen teilnehmen könnten. Durch solche Institutionalisierungen, die nicht mehr vom Belieben abhängen, sondern in der Satzung geregelt seien, könne sich die Beteiligung der Ausländerbeiräte bessern.

4 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Haushaltsgesetz 1999) und Gesetz zur Sicherung des Haushalts (Haushaltssicherungsgesetz 1999)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 12/3300, 12/3400 (1. Ergänzungsvorlage),
Drucksache 12/3550 (2. Ergänzungsvorlage)

Vorlagen (Erläuterungsbände) 12/2223 und 12/2224

Vorsitzende Christiane Bainski teilt mit, daß zunächst eine weitere Einzelberatungsrunde der Haushaltsansätze von Kapitel 15 060 vorgesehen sei, soweit diese von der 2. Ergänzungsvorlage (siehe Seite 197 f.) berührt seien.

Trotz der von der Landesregierung vorgelegten zweiten Ergänzung zum Haushalt 1999 und der Vereinbarung im Ältestenrat habe Einvernehmen erzielt werden können, in der heutigen Sitzung die Schlußberatung über die Änderungsanträge und die Schlußabstimmung zum Einzelplan 15 - Zuständigkeitsbereich des Ausschusses: Kapitel 15 060 und 15 510 - durchzuführen.

Ministerin Ilse Brusis berichtet:

In Drucksache 12/3550 gibt es eine Änderung, die den Bereich der Migrationspolitik betrifft. Es handelt sich um einen Ansatz für den Umbau des Gerhart-Hauptmann-Hauses. Bei der Stiftung "Gerhart-Hauptmann-Haus" gibt es seit längerem den Wunsch, das zur Zeit noch vorhandene Restaurant umzubauen und die Räume anders zu nutzen, unter anderem für Ausstellungen. Auch aufgrund der jüngsten Vorfälle, die mit dem Restaurant in Zusammenhang standen, würden wir dem Gerhart-Hauptmann-Haus diese Möglichkeit gerne geben. Wir müssen alle daran interessiert sein, daß aus dem Gerhart-Hauptmann-Haus diejenigen politischen Kräfte ferngehalten werden, die das Gerhart-Hauptmann-Haus, seine Arbeit und die Arbeit der Stiftung in Mißkredit bringen können und ihm eine politische Richtung geben, die von uns nicht gewollt ist. Eine solche Kontrolle ist in einem öffentlichen Restaurant schwer durchzuführen. Deshalb besteht auch von seiten des Gerhart-Hauptmann-Hauses und der Stiftung selbst der dringende Wunsch, das Restaurant aufzugeben und die Räume anders zu nutzen. Hierzu ist in der 2. Ergänzungsvorlage der Landesregierung ein Ansatz von 220 000 DM vorgesehen, damit wir den Umbau dort betreiben können.

Vera Dedanwala (SPD), Georg Gregull (CDU) und Jamal Karsli (GRÜNE) begrüßen, daß die Landesregierung in diesem Punkte dem Anliegen der Stiftung "Gerhart-Hauptmann-Haus" folge.

MDgt Jeromin (MASSKS) weist auf zwei weitere Änderungen in der 2. Ergänzungsvorlage hin, die den Ausschuß betreffen. Hinter dem Titel 643 10 "Kostenpauschalen gemäß § 4 des Flüchtlingsaufnahmegesetzes ..." versteckten sich die Kontingentflüchtlinge, jüdische Emigranten. Dabei sei eine Absenkung um 5 Millionen DM auf 100 Millionen DM vorgenommen worden. Auch in Titelgruppe 70 "Erstattungen und Zuweisungen an Gemeinden für Übergangsheime" sei bei den "Kostenpauschalen gemäß § 9 Abs. 2 Landesaufnahmegesetz" - Titel 643 70 - eine Absenkung um 40 Millionen DM auf 70 Millionen DM erfolgt, da bei den Unterbringungskosten für in Übergangsheimen untergebrachte Aussiedler ein enormer Rückgang festzustellen sei. Es handele sich also um eine Anpassung an den Bedarf.

Auf Nachfrage von **Georg Gregull (CDU)** bestätigt die **Ministerin**, daß mit der Kürzung keine Reduzierung der Leistungen des Landes an die Kommunen verbunden sei.

Oliver Wittke (CDU) fragt, woher die Landesregierung wisse, daß der Mitteleinsatz bei Titel 643 10 reduziert werden könne. - **MDgt Jeromin (MASSKS)** antwortet, daß die Zahlen jüdischer Kontingentflüchtlinge bestimmten Schwankungen unterworfen seien. Die jüngsten Zahlen der Landesstelle Unna-Massen für 1999 zeigten, daß eine Reduktion um 5 Millionen DM möglich sei. Der gesetzliche Anspruch der Kommunen werde durch diese Kürzung nicht berührt.

Willi Zylajew (CDU) will festgehalten wissen, daß sich die Reduzierung lediglich aus den veränderten Zahlen bei den Kontingentflüchtlingen aus der Sowjetunion ergeben hätten.

Jamal Karsli (GRÜNE) plädiert für eine dezentrale Unterbringung, da die Flüchtlingszahlen insgesamt rückläufig seien; viele Übergangsheime seien schon geschlossen worden.

Vera Dedanwala (SPD) schlägt vor, die vorliegenden Änderungsanträge direkt abzustimmen und die inhaltliche Diskussion in der Plenarsitzung zu führen.

(Die Liste der Änderungsanträge aller Fraktionen ist diesem Protokoll als Anlage beigelegt. - Die **Abstimmungsergebnisse** zu den einzelnen Anträgen sowie die GesamtAbstimmung sind **ausschließlich im Beschlußprotokoll** aufgeführt.)

**5 Ausbildungsplätze für Zuwanderer und Zuwanderinnen in der Landesverwaltung
 (Ministerien und nachgeordnete Behörden)**
in Verbindung mit
**Auswirkungen des Ausbildungskonsenses auf den Personenkreis der Migrantinnen
und Migranten**

Regierungsangestellte Schausten (MWMTV) trägt vor:

Die Beteiligung ausländischer Auszubildender am Ausbildungskonsens ist hier mit der Frage in Zusammenhang gebracht, ob in der Landesverwaltung ausländische Jugendliche ausgebildet werden. Vielleicht darf ich ganz kurz auf die Ausbildungssituation im Lande eingehen, um das Thema in diesen Kontext zu stellen:

Zum 30.09.1998 - das Vermittlungsjahr läuft vom 01.10.1997 bis zum 30.09.1998 - standen 146 000 jungen Männer und Frauen als Bewerber und Bewerberinnen um Ausbildungsplätze - das sind 4 % mehr als im Vorjahr - 120 000 Ausbildungsstellen gegenüber. Wir haben durch "Pro Ausbildung NRW", durch die Aktivitäten des Ausbildungskonsenses im letzten Jahr ganz erheblich zur Versorgung der Jugendlichen

Änderungsanträge der Fraktionen
zum Haushaltsgesetz 1999 (Drucksachen 12/3300 und 12/3400)
im Ausschuß "Migrationsangelegenheiten".

zum Einzelplan 15

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	CDU	<p>Kapitel 15 060, Titelgruppe 61 Durchführung von Aufgaben nach § 96 BVFG</p> <p>Der Ansatz wird</p> <p>von: 3.810.000 DM um: 400.000 DM auf: 4.210.000 DM erhöht.</p> <p>Begründung: Die bereits 1998 auf 16.000 DM gekürzte Projektförderung ist wiederaufzunehmen. Diese Forderung ist durch das Ergebnis der Anhörungen des Ausschusses unterstrichen worden und im Ergebnis zwingend.</p>	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
2	CDU	<p>Kapitel 15 060, Titel 526 62 246 Kosten für Sachverständige und Untersuchungsvorhaben</p> <p>Der Ansatz wird von: 400.000 DM um: 400.000 DM auf: ---- DM reduziert.</p> <p>Die ausgebrachte Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 450.000 DM wird gestrichen.</p> <p>Begründung: Die Aufgaben der Förderung der sozialen Integration von Zuwanderern durch Aufklärungsmaßnahmen aller Arten, kön- nen ohne Not von den dafür eigenst eingerichteten Zentren für Zuwanderung und Türkeltstudien geleistet werden.</p>	

Änderungsanträge der Fraktionen
im Haushalts- und Finanzausschuß

zum Einzelplan 15

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
3	SPD Bündnis 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 15 060 Landesmaßnahmen für Spätaussiedler, ausländische Arbeitnehmer und deren Angehörige sowie für ausländische Flüchtlinge</p> <p>Titelgruppe 62 Untersuchungen, Veranstaltungen und Informationsmaßnahmen auf dem Gebiet der sozialen Eingliederung von Zuwanderern</p> <p>Titel 526 62 Kosten für Sachverständige und Untersuchungsvorhaben</p> <p><u>Erhöhung des Baransatzes</u> von 400.000 DM um 400.000 DM auf 800.000 DM</p>	

Änderungsanträge der Fraktionen
im Haushalts- und Finanzausschuß

zum Einzelplan 15

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
4	SPD Bündnis 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 15 060 Landesmaßnahmen für Spätaussiedler, ausländische Arbeitnehmer und deren Angehörige sowie für ausländische Flüchtlinge</p> <p>Titelgruppe 63 Förderung von Maßnahmen und Initiativen gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung sowie zur friedlichen Konfliktregelung in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf</p> <p>Titel 684 63 Zuschüsse für laufende Zwecke an freie Träger</p> <p><u>Erhöhung des Baransatzes</u> von 800.000 DM um 400.000 DM auf 1.200.000 DM</p> <p><u>Begründung:</u> Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Diskriminierung sind nach wie vor Bedrohungen des sozialen Friedens, die aktiv bekämpft werden müssen. Rassistisch motivierte Straf- und Gewalttaten haben laut Verfassungsschutzbericht des Landes NRW 1997 sogar zugenommen. Die nach dem Haushaltsentwurf 1999 gegenüber 1998 vorgesehene Ansatzkürzung um 400,0 TDM würde zu einer erheblichen Einschränkung der Aktivitäten im Rahmen des Förderprogramms führen.</p>	